

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 42. Ratssitzung vom 4. Februar 2015

704. 2014/243 Interpellation von Christine Seidler (SP) und Linda Bär (SP) vom 09.07.2014: Zentrumslasten der Stadt, Hintergründe zur finanziellen und strukturellen Benachteiligung sowie Möglichkeiten zur besseren Einflussnahme auf kantonaler und nationaler Ebene

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation (STRB 3 vom 7. Januar 2015).

Christine Seidler (SP) nimmt Stellung: Diese Interpellation warf in den Medien einige Wogen. Diese Anfrage führte dazu, dass wir von der Regenbogenpresse einen Kaktus erhielten. Ich erhielt Morddrohungen, wir erhielten aber auch einen eigenen Blog. Uns ging es darum, eine substanzielle, inhaltliche Diskussion führen zu können. Diese Interpellation war ernst gemeint und wurde sorgfältig durch den Stadtrat beantwortet. Das Fazit der Antwort des Stadtrats kann man in drei Punkten zusammenfassen. Die Antwort des Stadtrats räumt ein, dass die grossen Städte in der Schweiz finanziell und strukturell benachteiligt sind. Ein wichtiger Aspekt ist, dass der Stadtrat ebenfalls einräumt, dass die funktionellen Räume und die politische Gliederung in der Schweiz immer stärker auseinanderklaffen. Dem haben wir auch in den Medienantworten Ausdruck verliehen. Wir vermissen die Solidarität mit den Kernstädten in den ländlichen Regionen. Mindestens auf Verwaltungsebene findet gute interkommunale Zusammenarbeit statt. Städte und Gemeinden sprechen sich miteinander ab und nehmen die Anliegen von Zürich ernst. Zum ersten Punkt räumt der Stadtrat ein, dass die strukturellen und finanziellen Nachteile insbesondere auf Bundesebene wegen der föderalen Struktur der Schweiz von wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Bedeutung sind. Die Stadt ist wegen ihrer grossen Bevölkerungszahl in struktureller Hinsicht nicht adäquat vertreten. In finanzieller Hinsicht gibt es diverse Dinge, die ungenügend abgegolten werden. Dies betrifft beispielsweise die Kosten für Infrastrukturanlagen im Verkehr. Auch von Belang sind die kulturellen Kosten, von denen das Umland profitiert. Es war nicht unsere Absicht, einen eigenen Kanton zu gründen. Es geht darum, Grenzen zu überwinden. Vielleicht müssen wir uns unsere demokratischen Grundlagen überlegen oder allenfalls Gemeindefusionen mit Stadt und ländlichen Gemeinden durchführen. Wir wünschen uns ein wenig mehr Gerechtigkeit, so dass die Kernstädte nicht nur die Lasten tragen müssen, sondern auch Freiheiten in ihrer Entwicklung haben und ihre Bedürfnisse befriedigen können. Der Motor des Wirtschaftsstandorts Zürich darf nicht abgewürgt werden. Die Umlandgemeinden profitieren von der wirtschaftlichen Kraft. Wir haben als Wirtschaftsmotor zu wenig Entscheidungsfreiheiten. Der Stadtrat ging kaum auf die Frage nach den Vor- und Nachteilen eines Stadtstaates ein. Relevant wären auch mögliche Gesetzesänderungen oder die Mehrwertabschöpfung mit dem neuen Raumplanungsgesetz. Städte erhalten die Aufgabe zu verdichten, haben aber gleichzeitig keine Möglichkeit zur Mehrwertabschöpfung durch Auf- und Umzonungen. Ich vermisse eine Antwort des Stadtrats bezüglich steuergesetzlicher Fragestellungen, die beispielsweise die Unternehmenssteuerreform III betreffen, in der die Städte massiv benachteiligt werden. Wir werden am Thema dranhängen und weiterhin kritische Fragen stellen.

Weitere Wortmeldungen:

Dr. Daniel Regli (SVP): Es wurde gesagt, dass der Stadtrat die Fragen nach einem Halbkanton beziehungsweise einem Stadtstaat nicht ausreichend beantwortet habe. Es handelt sich um einen Fokus der Interpellation. Ich danke dem Stadtrat, dass er eine so klare Antwort erteilte, die für uns fassbar machte, dass das Lamento nicht ganz zutrifft. Es wird immer wieder gesagt, dass die Stadt im Kanton und Bund leide. Der Stadtrat musste zugeben, dass er sehr von seiner derzeitigen Einbindung ins System profitiert. Dieses Lamento wurde zumindest teilweise revidiert. Es ist klar, dass sich die Leute wärmer anziehen müssen, wenn der Kanton die Schrauben etwas anzieht. Der Stadtrat lamentierte nicht in seiner Antwort. Er beklagte nur, dass die Stadt in Bern nicht adäquat politisch vertreten ist und in Bern die politischen Strukturen und Realitäten immer weiter auseinanderklaffen. Hier hört man heraus, dass die Stadt das Heil im Metropolitanismus sucht. Es sollen verschiedene Gemeinden und Metropolitanstädte zusammengefasst werden.

Michael Schmid (FDP): Christine Seidler (SP) vermisste konkrete Lösungsansätze. Wir haben etwa eineinhalb Stunden über die Revision der Gemeindeordnung debattiert. Gemäss Artikel 48, Absatz 2 der Gemeindeordnung dürfen keine Mitglieder des Stadtrats den eidgenössischen Räten angehören. Diese Regelung könnten wir streichen und einen Kandidaten für Bern aufstellen. Wir könnten auch Mitglieder im Kantonsrat zu platzieren versuchen.

Christine Seidler (SP): Ich habe durchaus Lösungsansätze. Ich habe darauf hingewiesen, dass das politische Abbild und die räumliche Ordnung auseinanderklaffen. Im Kanton Glarus wurden Gemeinden fusioniert. Ich will keine Grenzen ziehen. Wir könnten starke Metropolitanräume, Agglomerationen und ländliche Gemeinden fusionieren. Diese Debatte muss geführt werden, wir müssen Überlegungen anstellen. Es handelt sich um eine politische Aufgabe. Diese Probleme zeichnen sich ab, wir müssen uns ihrer annehmen.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STP Corine Mauch: Die gestellten Fragen sind berechtigt. Im Vergleich zur gesellschaftlichen und politischen Bedeutung der Städte findet in Bern eine strukturelle Benachteiligung statt. Das strukturelle Ungleichgewicht nimmt immer mehr zu. Ländliche Kantone bekommen im Vergleich zu den wachsenden städtischen Kantonen immer grösseres Gewicht. Wir müssen demokratische Mehrheiten gewinnen können. Das Verständnis für städtische Probleme ist gewachsen. So findet das Tram auf der Hardbrücke deutliche Zustimmung im Kanton. Auch der Lastenausgleich fand im Kanton eine deutliche Zustimmung. Wir konnten unsere Teilnahme und unser Engagement im Städteverband stärken. Wir haben deutlich dargelegt, dass die Schaffung eines Halbkantons mit grossen finanziellen Nachteilen verbunden wäre, auch wenn in der Vergangenheit mit Steuersenkungen und Zusatzbelastungen der Druck auf die Städte immer grösser wurde. Wir sind der Ansicht, dass man Grenzen abbauen sollte. Im funktionalen Raum stimmen die Strukturen mit den effektiven Herausforderungen nicht überein. Wir erach-



3 / 3

ten es als wichtiger, mit unseren Partnern und Partnerinnen zusammenzuarbeiten. Dies kann beispielsweise in der Metropolitankonferenz, im Städteverband und weiteren Austauschplattformen geschehen.

Das Geschäft ist nach erfolgter Diskussion erledigt.

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat